



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Zum Kriege. Der erste lähmende und alarmierende Eindruck, den der jähe Kriegsausbruch in Ostasien hervorgerufen hat, ist vorüber. Das Publikum beginnt sich daran zu gewöhnen, daß es einer ziemlich langwierigen Entwicklung gegenübersteht, und daß entscheidende Schläge, wie in den großen europäischen Kriegen, auf lange Zeit hinaus nicht zu erwarten sind. Vielleicht ist heute schon die Frage nicht unberechtigt, ob das schließliche Kriegsergebnis für beide Teile die Opfer an Menschen und an Mitteln wert sein dürfte, die es jedenfalls den Russen wie den Japanern kosten wird. Rußland kann, und wenn auch erst nach Monaten, eine erdrückende Übermacht auf den Kriegsschauplatz werfen, deren Achillesferse freilich die lange und schwierige Verbindung mit den eigentlichen Hilfsquellen der russischen Macht bleibt. Sein Heer zieht sich mit allen seinen Nachschüben, mit der Verproviantierung, dem Munitionsersatz, mit dem Rücktransport von Verwundeten und Kranken auf den einzigen ebenso langen als dünnen Faden der eingleisigen Bahn angewiesen, während den Japanern die ihnen offenstehende See tausend Hilfsmittel bietet. Jeder Postdampfer, der von Europa nach Asien geht, hat Sendungen für Japan an Bord, die aus und über England bezogen werden. Die deutsche chemische Industrie zum Beispiel ist mit großen Lieferungen für beide Teile betraut, die für Japan gehn über England durch unzählige Gelegenheiten, während die gesamten Sendungen für Rußland durch die eine einzige Bahnlinie bewältigt werden müssen. Außerdem hat Japan die Hilfsquellen seines eignen Landes in der Nähe, hat die ungehinderte Verbindung mit Amerika, die für Rußland doch nur in sehr beschränktem Umfange offen steht. Trotzdem wird Rußland eines Tags zu Laube der Stärkere sein. Bis dahin freilich macht es die Erfahrungen, die England im Burenkriege gemacht hat. Ohne gehörig gerüstet und vorbereitet zu sein, hat es — ebenso wie damals England — durch seine drohende Haltung den Kriegsausbruch herbeigeführt und ebenso, wie der Krieg für England in Südafrika ungünstig verlief, bis es seine gesamte Feldarmee hinüber geführt und eingesetzt hatte, so wird auch Rußland zum mindesten mit entscheidenden Erfolgen nicht eher zu rechnen haben, bis es seine Feldarmee in der Mandchurei versammelt haben und ihre dann den Japanern überlegenen Kräfte einzusetzen in der Lage sein wird. Darüber kann leicht noch eine Reihe von Monaten hingehn. Ob Japan seinerseits einen Krieg ohne entscheidende Erfolge finanziell so lange aushält? Die japanische Nation ist durch den schnellen und glücklichen Verlauf des Krieges mit China verwöhnt und wird nun erst lernen müssen, daß ein Krieg mit einer europäischen Großmacht doch eine andre und ernstere Sache ist.

Hätte Rußland nur einen Teil der Vorbereitungen, die es für einen europäischen Krieg getroffen hat, auf Ostasien verwandt, wo nach der ganzen Tendenz der russischen Politik und bei den vorhandenen Rivalitäten ein Konflikt seit Jahren doch viel wahrscheinlicher war, so würde es heute nicht von dem so sehr unterschätzten Gegner das Gebot des Krieges annehmen müssen. Die japanische Diplomatie wird sich nach Möglichkeit bemühen, weitere Verwicklungen zu schaffen; sie wird formell die Aufrechterhaltung der Neutralität Chinas betreiben, daneben aber eine Bewegung schüren, die den Peking Hof zur Teilnahme am Kriege bestimmen soll. Die Spuren dieser Tätigkeit sind schon in der Erklärung Chinas wegen der Kaisergräber in Mukden enthalten. Ob Japan bei diesen Bestrebungen Helfer hat, ist noch nicht klar zu übersehen. Die Großmächte werden doch sämtlich damit rechnen müssen, daß eine Beteiligung Chinas am Kriege unvermeidlich zu einem neuen Ausbruch des Fremdenhasses führen würde. Schon jetzt ist ein Wiederaufleben der Bogerbewegung erkennbar und unsre ostasiatische Brigade, über die die Budgetkommission des Reichstags soeben recht im Stil von „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ zu Rate geseffen hat, kann in recht kurzer Frist wieder vor

Aufgaben gestellt sein, die auch über unsern spießbürgerlichen Parlamentarismus in der Heimat sehr schnell zur Tagesordnung übergehen würde. Während England und Frankreich ihre Machtmittel in Ostasien mit unverkennbarer Eile verstärken, vertieft sich unser Reichstag in Erörterungen, wieviel Offiziere, Ärzte und Spielleute wohl an unserm dortigen Truppenbestand zu kürzen seien. Dazu das Drängen nach Zurückziehung der Truppe, womit allen andern Interessen gedient sein würde, nur den deutschen nicht. Eine Beseitigung des Blitzableiters während eines herausziehenden Gewitters! Immer wieder der Beweis politischer Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit.

Eine Beteiligung Chinas am Kriege würde wahrscheinlich zur Folge haben, daß China schließlich die Kosten zu tragen hätte. Rußland kann sich mit Japan beim Friedensschluß leicht über Korea verständigen, zumal da der Krieg, wie er auch enden möge, doch nur eine Etappe sein wird. China dagegen würde sich kaum um den Preis der Mandchurei loskaufen können, wobei dann für andre Mächte, namentlich für England, sofort die Frage des Gleichgewichts begönne.

Einstweilen bleibt England in der angenehmen Lage, zur gegebenen Zeit, wenn beide Mächte erschöpft sein werden, und Japan am Ende seiner militärischen und finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen sein wird, seine guten Dienste für die Friedensvermittlung anzubieten und dadurch wieder in die Stellung als arbitro für Ostasien zu kommen, zugleich auch in die dankbare Position des tertius gaudens. Rußland wäre dann wohl kaum imstande, englischen Forderungen ernstem Widerspruch entgegen zu setzen, mit Frankreich würde das Londoner Kabinett sich zu verständigen wissen, und Deutschland hätte das Nachsehen, namentlich wenn der deutsche Reichstag fort und fort zu erkennen gibt, daß ihm die ostasiatischen wie überhaupt die überseeischen Interessen gleichgiltig sind, und daß die deutsche Regierung hierin auf eine freundige und nachhaltige Unterstützung ihrer Volksvertretung nicht rechnen kann. Allerdings sind ja neuerdings fast alle Beschlüsse unsers Reichstags nur noch Minoritätsbeschlüsse, meist sogar einer minimalen Minorität, aber unsre Regierung pflegt ja nun einmal damit zu rechnen und diesen Beschlüssen eine Bedeutung zuzuerkennen, die ihnen verfassungsmäßig gar nicht beizumessen und nicht zukommt. Denn Artikel 28 der deutschen Verfassung besagt: „Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlussfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.“ Somit wären die verbündeten Regierungen berechtigt, eigentlich wohl verpflichtet, jeden Reichstagsbeschuß als ungiltig zu behandeln, der dieser Voraussetzung nicht entspricht. Die Möglichkeit, daß davon gelegentlich einmal Gebrauch gemacht werde, ist ja nicht ausgeschlossen, zunächst drängt sich theoretisch die Frage auf, ob man nicht auf diesem sehr einfachen Wege der chronischen Beschußunfähigkeit des Reichstags abhelfen könnte.

In Ostasien wird aber zur gegebenen Zeit noch eine ganz andre Macht auftreten: Amerika. Auch die Amerikaner sorgen vor. Sie schicken Schiffe nach Ostasien, Truppen nach den Philippinen und, was zunächst am bedeutungsvollsten ist, in größter Eile Konsule in die Mandchurei. Damit etablieren sie „ein Auge“ auf dem Kriegsschauplatz. Der für Dalny bestimmte Konsul wird ja einstweilen in Schanghai bleiben, aber Amerika hat deutlich genug zu erkennen gegeben, daß ohne Mitwirkung des Washingtoner Kabinetts große Veränderungen an den asiatischen Gestaden des Stillen Ozeans nicht mehr stattfinden sollen. Es will dort zu gegebener Zeit die Vorherrschaft antreten, die ihm schon Goethe zuerkannt hat, und Rußland sieht sich unmittelbar seinem großen Zukunftskonkurrenten gegenüber, auf den der jetzige Zar einst als Thronfolger bei einem Besuche in Berlin hingewiesen hat. Um so bemerkenswerter ist die Mühe, die man sich in England bei der Regierung gibt, die öffentliche Meinung nicht gegen Rußland einnehmen zu lassen, während die englische Presse Deutschland auf jede Weise bei den Russen zu diskreditieren sucht. England will freie Hand behalten, um je nach Bedarf Japan zu unterstützen, oder sich Rußland als Friedensstifter und Befreier aus großer Verlegen-

heit zu nähern. Dabei aber will es anscheinend doch die russische Verlegenheit ausnutzen, um mit Rußlands aggressivem Vorgehn in Zentralasien ein für allemal ein Ende zu machen. Die Reise des russischen Botschafters in London nach Petersburg gerade im jetzigen Augenblick wird darum viel beachtet und als politisch bedeutender Vorgang angesehen, zumal angesichts der persönlichen Rücksichtslosigkeit, die ihm durch das jüngst veröffentlichte Blaubuch über Tibet widerfahren ist. Nicht minder bedeutsam, wenn sie sich bewahrheitet, ist die Nachricht, daß das Washingtoner Kabinett ein neues Kabel von den Philippinen nach Japan herstellen läßt, „um eine Isolierung Japans für den Fall zu verhindern, daß Rußland die beiden Kabel von Schanghai nach Japan durchschneiden sollte,“ was vielleicht die Aufgabe des jetzt in Schanghai festliegenden russischen Kreuzers „Mandschur“ gewesen wäre. Dieses neue Kabel wäre jedenfalls mit den bestehenden Auffassungen von Neutralität nicht vereinbar, da „die Isolierung des Gegners“ mit zu den zulässigen Kriegsmitteln, ja Kriegsnotwendigkeiten gehört. Wohl aber liegt dieser Schritt in der Richtung der Etablierung der amerikanischen Vorherrschaft auf dem Stillen Ozean und läßt die Annahme zu, daß falls nicht heute schon ein geheimes Bündnis zwischen Amerika und Japan besteht, es zweifellos eine der Folgen des Krieges sein wird.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird noch vor Ostern in die erste Beratung der Kanalvorlage eintreten, und der Schwerpunkt des politischen Interesses, soweit unsere innere Politik in Frage kommt, rückt damit für einige Zeit in diese, hinter den Reichstag leider so stark zurückgetretene Körperschaft. Was die Kanalvorlage an Kanalbauten im allgemeinen bringen soll, ist schon bekannt. Ebenso ist bekannt, daß man auf liberaler Seite geneigt zu sein scheint, einstweilen zu nehmen, was man bekommen kann, zumal ja der ganze Mittellandkanal doch nicht an einem Tage gebaut werden kann. Aus diesem Grunde kann man auch annehmen, daß die Provinz Hannover den ihr nach dem Gesetze zufallenden Zuschuß auch für den einstweiligen Torso leisten wird. Bei den Konservativen überwiegt in starkem Maße das Bedürfnis, die Streitart mit der Krone endlich zu begraben. Hierfür liegen nicht nur Anzeichen, sondern positive Erklärungen vor. Man sieht sich jedoch in diesen Kreisen, wenigstens zum Teil, nach einer goldenen Brücke um, und diese scheint in der Auflegung von Abgaben nicht nur auf die künstlichen Wasserstraßen, sondern auch auf die Benutzung der Kunstbauten an den natürlichen Wasserstraßen gefunden worden zu sein. Es mag dabei hier und da auch wohl der Hintergedanke bestehen, durch diese Abgaben noch eine indirekte Zollerhöhung auf das auf diesen Wasserstraßen hereinkommende Getreide zu legen. Aber die preußische Regierung wird einerseits keinen Abgaben zustimmen, die über die Amortisierung oder die Verzinsung des Anlagekapitals hinausgehen, noch wird sie andererseits den Westen abgabenfrei lassen können, wie es dort mit großem Nachdruck verlangt wird, während die östlichen Provinzen die Zinsen für ihre Kanalanlagen aufzubringen haben. So betragen zum Beispiel die Schiffsabgaben in der Provinz Brandenburg bei nur zweiprozentiger Verzinsung des investierten Kapitals jährlich über drei Millionen Mark, ebenso hat Pommern sie aufzubringen; dort haften sogar die beteiligten Kreise und Kommunen für die Verzinsung. Findet sich der Westen, namentlich die Rheinprovinz, bereitwillig in die verhältnismäßig geringen und die Schifffahrt wenig belastenden Opfer, so darf das Zustandekommen der Kanalvorlage als gesichert gelten; im andern Falle wird es harte Kämpfe kosten, und der Erfolg wäre zweifelhaft. Selbstverständlich handelt es sich nicht um Besteuerung der natürlichen Wasserstraßen, das ist schon durch die Reichsverfassung ausgeschlossen, wohl aber um die Verzinsung der Anlagen, die zur Verbesserung dieser Wasserstraßen ausgeführt werden, wie teilweise Kanalisierung, Hafens- und Katbauten, Bösch- und Entlöscheinrichtungen usw.; auch da soll, wie gesagt, nur der jährliche Kostenaufwand nebst einer Kapitalverzinsung aufgebracht werden. In manchen konservativen Kreisen mag man freilich, wie gesagt, diese

Kanal- und Schifffahrtabgaben als einen beweglichen Zuschlag zum Getreidezoll behandeln wollen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Für das fremde Getreide, das auf den Wasserstraßen und Kanälen nach Deutschland hineinkommt, kommt als preisbildend weder der Zoll noch die Binnenschifffahrtabgabe in Betracht, sondern ausschließlich die Seefracht. Hierfür genügt ein Beispiel: Auf der Strecke Rotterdam-Mannheim betrug die Rheinflacht für die Tonne Getreide:

	1898	1902	1903
Rheinflacht	4,23	2,73	3,36
Hierzu die Seefracht Newyork-Rotterdam .	14,40	5,44	8,44
	18,63	8,17	11,80

Was spielt diesen Zahlen gegenüber eine Erhöhung des Getreidezolls um fünfzig Pfennige für eine Rolle oder eine Schifffahrtabgabe, die bei einem Verkehr von über fünf Milliarden Tonnen auf dem Rhein (preussische Strecke) sich für den Tonnenkilometer nur nach Bruchteilen von Pfennigen berechnet! Bei diesen sehr einfachen Verhältnissen möchte man in der Tat glauben, daß für die Erledigung der Kanalvorlage, wenn sie vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet wird, keinerlei ernste Schwierigkeit vorhanden sein könnte, zumal da auch noch weitre Arbeiten im Interesse der östlichen Landesteile in Aussicht stehn. Die Annahme der Vorlage würde eine so starke Entlastung unsrer innern Gesamtlage bedeuten, daß sich schon aus diesem Grunde alle patriotischen Parteien auf dem Boden eines rein wirtschaftlichen und nur künstlich politisch aufgebauchten Entwurfs zusammensetzen sollten. Bei der Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses ist die Haltung des Zentrums selbstverständlich nicht ohne Belang. Aber die Zentrumsfraktion wird das Odium, die Vorlage abermals vereitelt zu haben, schwerlich auf sich nehmen, sobald die andern Parteien sich einigen. Der Klageruf freisinniger Blätter, daß die Regierung den Agrariern zu willig sei, indem sie die Kanalvorlage ohne die Notstandsvorlagen einbringe, hat gar keinen Sinn. Die Wasserschadenvorlage für Oberschlesien bedarf noch der Durchberatung durch den schlesischen Provinziallandtag, weil es sich unter anderm auch um Bestimmungen handelt, die Überschwemmungsgebiete von Ansiedlungen möglichst frei zu machen und die jetzt vorhandenen, soweit es ausführbar ist, unter Entschädigung zu verlegen. Ebenso muß der brandenburgische Provinziallandtag wegen der Oberregulierung befragt werden. Die schlesische Wasserschadenvorlage gleichsam als Prämie für die Annahme der Kanalvorlage zu behandeln, kann in der Tat keiner verständigen Regierung einfallen.

Ein Franzose über die Kantfeier in Königsberg. Auf einer Reise durch Deutschland hat Herr Gaston Leroux erfahren, daß in Königsberg der hundertjährige Gedenktag an den großen Philosophen Kant gefeiert wird. Er macht sich also auf den Weg nach Königsberg, denn er hofft, wie er in der Zeitung *Le Matin* vom 17. Februar berichtet, dort eine antithese peut-être curieuse et nullement banale zu dem rohen Kriegsschauspiel zu finden, das sich im fernen Osten zwischen feindlichen Rassen abspielt. Dieser reisende Franzose wird natürlich mit dem scheuen Respekt, der ja dem guten Deutschen vor jedem Ausländer, namentlich dem Franzosen, schon in der Schule angebrüllt wird, auch in Königsberg bei der Kantfeier empfangen und von dem Kultusminister und dem kommandierenden General begrüßt. Ces messieurs me firent le meilleur accueil et me demandèrent ce que je pensais des fêtes de Kant. Und was weiß nun dieser öde fade Schwäzer seinem Pariser Publikum von der Kantfeier zu berichten? Von der Kantischen Philosophie und der Stellung Kants in dem Geistesleben der Völker weiß er natürlich nichts, und so sieht er in der ganzen Feier nur eine spaßhafte Komödie, in der der Oberbürgermeister genau sieben Minuten geredet, und der Professor Stampf versichert habe, daß Kant, wenn er heute lebte, dem Philosophen Nietzsche eins auf den Kopf

geben würde, un coup de marteau sur la tête de Nietzsche. Über den Hauptredner schüttet Monsieur Leroux die ganze Schale seines Spottes aus; dieser très beau et tout-à-fait lointain vieillard habe keine Festrede gehalten, sondern zwei Stunden lang wie im Traum ein Selbstgespräch geführt. Man könne die Rede in drei Perioden einteilen: in der ersten habe man neugierig das vornehme Greisenhaupt bewundert, in der zweiten habe sich der Oberpräsident Herr von Moltke vergeblich bemüht, gegen den Schlaf anzukämpfen, in der dritten hätten sich die anfangs stolz erhobnen Banner der Studenten immer tiefer und tiefer gesenkt. Mit einem höchst melancholischen Gesänge sei die verschlafne Feier beendet worden. Mehr über Kant und das Kantfest weiß der reisende Sprachlehrer oder Reporter seinen Landsleuten nicht zu erzählen — halt, noch eins! er vergißt nicht, gewissenhaft zu berichten, daß der Professor Walter auf der Straße ausgeglitten und durch diesen Sturz sur le derrière aus seinen provenzalischen Träumereien aufgeschreckt worden sei. Dem Professor Koschwitz (er schreibt ihn Kooshwitz, also fast chinesisch) läßt er zwar Gerechtigkeit widerfahren, aber im übrigen erscheint ihm doch die Stadt der reinen Vernunft als ein merkwürdiger Karitätenkasten. Der Himmel behüte die andern Universitäten vor solchen ausländischen Berichterstatlern!



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.



Deutsches

Erzeugnis